

## **Die „Potsdamer Begegnungen“ zu Besuch in Russland**

Senator Konstantin Kossatschew über ein Treffen von deutschen und russischen Parlamentariern und einen „Neustart der strategischen Partnerschaft“

6. November 2018, 00:01

Am 2. November fand eine sehr spannende Veranstaltung statt: ein Treffen von deutschen und russischen Parlamentariern im Rahmen des bekannten Forums „Potsdamer Begegnungen“, der erstmals zum Föderationsrat nach Moskau eingeladen wurde. Am Ende hatte die Veranstaltung den Rahmen eines rein parlamentarischen Formats gesprengt, was unter anderem auch der Teilnahme von bekannten deutschen und russischen Experten und Personen des öffentlichen Lebens geschuldet war: Alexander Rahr, Fjodor Lukjanow, Alexej Gromyko, Dschachan Pollyeva und andere.

Das Gespräch gestaltete sich durchaus lebhaft und, was wichtig ist, vollkommen sachlich. In den letzten Jahren beschränken sich Gespräche mit westlichen Kollegen häufig auf das gegenseitige Vorbringen von im Grunde unvereinbaren Positionen. Man konstatiert die Gegensätze, begreift, dass sie allen im Wege stehen und dass es sie irgendwie zu überwinden gilt, doch das weitere Vorgehen bleibt unklar.

Es ist mir eine große Freude, dass es letzten Freitag ganz anders zugeht. Dafür möchte ich unseren deutschen Kollegen einen besonderen Dank aussprechen, die zwar verschiedene Bundestagsfraktionen, unterschiedliche Positionen und Ideologien vertraten, jedoch alle konstruktiv eingestellt und bereit waren, der anderen Seite zuzuhören und ihre Argumente wahrzunehmen.

Der positive Ton der nachfolgenden Diskussionen wurde von Anfang an von der Leiterin der deutschen Delegation vorgegeben: Manuela Schwesig, Ministerpräsidentin von Mecklenburg-Vorpommern und Vorsitzende der deutsch-russischen Freundschaftsgruppe im Bundesrat, stellte fest, dass eine stabile Ordnung in Europa nur möglich ist, wenn Deutschland und Russland, Russland und Europa auf allen Ebenen zusammenarbeiten: „Wir müssen darüber reden, was uns in vielen Bereichen verbindet, was wir gemeinsam haben, ungeachtet der unterschiedlichen Standpunkte“.

Dieser Gedanke zog sich wie ein roter Faden durch alle weiteren Vorträge: Die Standpunkte sind verschieden, aber man müsse sich auf das stützen, was uns verbindet, und nicht an dem festhalten, was uns trennt. Matthias Platzeck, Vorstandsvorsitzender des Deutsch-Russischen Forums, bemühte ein eindrucksvolles Bild: Man müsse etwas tun mit diesem „Scherbenhaufen“, den die deutsch-russischen Beziehungen momentan darstellen.

Vollkommen spontan teilte sich das Gespräch in zwei Themenblöcke auf: Im ersten sprachen wir darüber, was heute getan werden kann und muss; im zweiten kamen wir wieder auf die Probleme zu sprechen. Eine der Ideen für die nächste Zukunft ist das Vorantreiben von Jugendaustauschen – auch deshalb, weil es um die Generation der künftigen Eliten geht, die frei sind von der Last der Konfrontationen und Vorurteilen aus der Zeit des Kalten Krieges.

In diesem Kontext machte Dmitrij Mesenzew, Vorsitzender des wirtschaftspolitischen Ausschusses des Föderationsrates, einen interessanten Vorschlag, nämlich die Schaffung einer ständigen Plattform für junge Unternehmer aus verschiedenen Bundesländern bzw. Subjekten der Russischen Föderation, z.B. auf der Basis der Staatsuniversität Sankt-Petersburg; das erste Forum könne schon im nächsten Jahr durchgeführt werden. Ganz im Geiste der Zeit solle sich das Kommunikationsformat auf neue Technologien, auf Digitalisierung und Innovationen stützen. Denn die neuen Kommunikationsmittel zeichnen sich dadurch aus, dass sie eine Online-Kommunikation ohne Visa und andere bürokratische Hindernisse ermöglichen.

Die Jugend und die Visapflicht – dieses Thema wurde von unseren Gästen mehrmals angesprochen. Offenbar sind sie bestrebt, in dieser Frage eine Erleichterung, idealerweise eine Visafreiheit für Teilnehmer von Jugendaustauschen zu erreichen. Wichtig ist, dass diese Ideen auch von Dirk Wiese, dem Bevollmächtigten der Bundesregierung für Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der „Östlichen Partnerschaft“, ins Gespräch gebracht wurde. Er bekräftigte seine Bereitschaft, dieses Thema auch auf Regierungsebene zu behandeln. Natürlich werden auch wir nicht stillsitzen: Wenn wir es schaffen – zunächst für die Jugend beider Länder – in den „Visadamm“ zwischen Russland und der EU eine erste Bresche zu schlagen, dann wäre das ein guter Anfang, um die grundsätzliche Frage nach der Visafreiheit zu stellen. Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass die Visafreiheit nicht etwa eine Art Belohnung für „tadelloses“ Verhalten sein soll, wie das in einigen Nachbarländern gesehen wird, sondern eine natürliche Form der Interaktion von Zivilgesellschaften und Völkern in Europa, die alle Seiten gleichermaßen benötigen.

Dabei verwiesen die deutschen Kollegen auf die langjährige Zusammenarbeit mit Frankreich auf diesem Gebiet sowie auf jüngere Beispiele der Schaffung solcher Formate mit Indien und Israel. Der Erfolg der deutsch-russischen Jahre des Jugendaustausches 2016-2017 hat gezeigt: Wir sind reif für die Schaffung eines ständigen Formats für bilaterale Jugendbeziehungen.

Ein weiterer wichtiger Aspekt waren die Wirtschaftsbeziehungen. Auch hier muss man feststellen, dass die deutschen Politiker ein breites Spektrum von Ansichten demonstrierten: Unter anderem erklang auch der Vorschlag, nicht einfach nur den Handel anzukurbeln, sondern über eine Annäherung der Wirtschaftssysteme der EU und der Eurasischen Union nachzudenken. Von unserer Seite hieß es offen: Für Europa ist eine Annäherung an Russland und die Eurasische Wirtschaftsunion womöglich die letzte Chance, angesichts der globalen Tendenzen und der Entstehung neuer Wachstums- und Einflusspunkte seine Rolle des wichtigen globalen Zentrums aufrechtzuerhalten. Dem stimmten die Deutschen zu: Europa darf keine Arena für Wettbewerb und Gezerre zwischen den USA und China sein, sondern muss die Modalitäten seiner Entwicklung eigenständig gestalten.

Dabei muss man anmerken, dass beide Seiten – sowohl die russische, als auch die deutsche – nicht einfach nur ihre Ideen für die Zukunft vorbrachten, sondern es für angemessen und realistisch hielten, mögliche Fortschritte schon heute zu erreichen: Die Bundestagsabgeordneten warben für eine Strategie der kleinen Schritte, und mein Kollege und Stellvertreter Wladimir Lukin wies völlig zurecht darauf hin, dass nach der Krise um den „Prager Frühling“ von 1968 nur sieben Jahre vergangen waren, als die fundamentale Schlussakte von Helsinki über die Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa unterzeichnet wurde. Damals stand für alle fest: Man muss schon heute mit der Arbeit beginnen, um morgen ein Ergebnis zu erzielen, ohne es einfach den nachfolgenden Politikergenerationen zu überlassen.

Bei der Eröffnung unseres Treffens schlug ich vor, die Bezeichnung des Themas unserer Sitzung – „Ein Neustart der strategischen Modernisierungspartnerschaft?“ – vom Fragezeichen zu befreien und das Anliegen als unsere gemeinsame Arbeitsaufgabe zu betrachten. Ich war erfreut zu sehen, dass tatsächlich keiner der Redner die Notwendigkeit der allseitigen Entwicklung unserer Zusammenarbeit in Frage stellte.

Der Autor ist Vorsitzender des Komitees für internationale Angelegenheiten beim Föderationsrat der Russischen Föderation